

Kongress der Vereinigten Staaten

Repräsentantenhaus
Washington, DC 20515-0906

9. Januar 2018

An den ehrenwerten
Paul D. Ryan
Sprecher des Kongresses
Washington, DC 20515

Sehr geehrter Herr Sprecher:

Das amerikanische Volk hat das Recht zu erfahren, ob Regierungsagenten wie Peter Strzok unangemessen bei den Präsidentschaftswahlen 2016 gegen den damaligen Präsidentschaftskandidaten Donald J. Trump intervenierten. Am 3. Januar 2018 gab Devin Nunes, Vorsitzender des Ausschusses für permanente Geheimdienste des Geheimdienstes, bekannt, dass sein Komitee alle Dokumente erhalten wird, die das Justizministerium im Zusammenhang mit der Spionageabwehr des FBI angefordert hat. Ich fordere Sie daher auf, den Vorsitzenden Nunes anzuweisen, das in Artikel X der Hausordnung beschriebene Verfahren zu nutzen, um im Besitz des Komitees befindliche Dokumente im Zusammenhang mit dem Steele-Dossier freizugeben.

Je mehr wir uns über die Erstellung des diskreditierten Steele-Dossiers erfahren, desto mehr scheint es, dass eine ausgewählte Gruppe von FBI- und Justizbeamten dieses benutzte, und was tatsächlich ein von Hillary Clinton angefertigtes politisches Oppositions-Dokument war. Das Dossier ist ein 35-seitiges Dokument, das vom ehemaligen britischen Spion Christopher Steele zusammengestellt wurde und unbestätigte Behauptungen aufstellt, dass Präsident Trumps angeblich tiefe finanzielle Verbindungen zu Russland besitzt, und sein persönliches Verhalten in Russland dazu genutzt werden könnte, den Präsidenten zu erpressen. Aber wir wissen jetzt, dass Hillary Clintons Kampagne und das Demokratische Nationalkomitee das Dossier finanziert haben. Wir wissen jetzt, dass SMS-Nachrichten zwischen zwei FBI-Mitarbeitern, Peter Strzok und Lisa Page, auf eine "Versicherungspolice" hinwiesen, die möglicherweise dazu diente, Präsident Trump daran zu hindern, bei den Wahlen 2016 zu gewinnen. Und wir wissen jetzt, dass das FBI dem Autor des Dossiers einige seiner geldlichen Ausgaben erstattet hat.

Die Leute haben das Recht zu wissen, ob das FBI seine beträchtlichen Ressourcen benutzt hat, um sich einzumischen. Obwohl das Justizministerium und das FBI einer Zusammenarbeit mit dem Geheimdienstkomitee zugestimmt hatten, weigerten sich hochrangige Beamte beider Organisationen (Christopher Wray und Rod Rosenstein), direkte Fragen von Mitgliedern des Justizausschusses in einem öffentlichen Forum zu beantworten. Die Bundesregierung hat möglicherweise bei der Erstellung des Dossiers

mitgewirkt, und wir dürfen nicht zulassen, dass die Exekutive die Kontrolle des Kongresses über ein mögliches Fehlverhalten verhindert und die Wahrheit vor dem amerikanischen Volk versucht zu verstecken.

Um die Integrität unseres demokratischen Prozesses zu wahren, müssen die Dokumente im Zusammenhang mit dem Steele-Dossier freigegeben werden. Ich bitte höflich darum, dass Sie die Dokumente des Vorsitzenden Nunes sofort in seinem Ausschuss freigegeben.

Mit freundlichen Grüßen,

Ron DeSantis
Mitglied des Kongresses